

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte
1957 bis 1990
Band 5**

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/103: 01.01.1957 – 01.07.1958

Gliederung (im Überblick):

01.	Deutsches Reich <ul style="list-style-type: none">- SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)- Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)- DDR (Deutsche Demokratische Republik - die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei)- Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")- BRD (Bundesrepublik Deutschland – seit 3. Oktober 1990 einschließlich DDR und Berlin)
02.	Nordeuropa <ul style="list-style-type: none">- Dänemark- Norwegen- Schweden- Finnland
03.	Ostmitteleuropa <ul style="list-style-type: none">- Estland- Lettland- Litauen- Polen- CSR- Österreich
04.	Osteuropa <ul style="list-style-type: none">- UdSSR- Ukraine

05.	Südosteuropa - Ungarn - Jugoslawien - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
06.	Südeuropa - Italien - Spanien - Portugal
07.	Westeuropa - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irland
08.	Amerika - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	Asien
10.	Afrika
11.	Australien

1957

Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik.

Walther Rathenau (1867-1922, deutscher Politiker)

01.01.1957

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano erklärt während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutsch-

lands akzeptieren kann. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" treten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein (1901-1982) wird erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.

Innerhalb von 12 Jahren sollen in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Zu den Aufgaben der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft) zählen: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.



Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") vom 25. März 1957 lautet wie folgt (x156/75): >>... Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande –

in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen,

entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völ-

ker als wesentliches Ziel anzustreben,
in der Erkenntnis, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,
in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonischen Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten den Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern,
in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,
in der Absicht, die Verbundenheit Europas in den überseeischen Ländern zu bekräftigen und
in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern,
entschlossen, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen -
haben beschlossen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen ...<<

Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak (1899-1972) schreibt später über die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (x067/195): >>Am 25. März 1957 unterzeichneten wir in Rom die beiden Verträge – den über die Gründung des Gemeinsamen Marktes und den über die Gründung von Euratom.

Es war eine unvergeßliche Feier. Die Italiener hatten alles hervorragend arrangiert. Wir versammelten uns im Kapitol, im Saal der Horatier und Curatier. Alle Mitarbeiter an dem großen Werk, das wir einweihen sollten, waren anwesend: die Minister, die es gewünscht hatten, die Delegationsführer, die eine gewaltige Arbeit vollbracht hatten, die Fachleute, die uns geholfen hatten.

Die Glocken von Rom läuteten mit aller Macht zum Gruß für die Geburt des neuen Europa. Meine Erregung, meine Freude und meine Hoffnungen waren eins. ...

Die Verträge von Rom stellten den Sieg des Geistes der Zusammenarbeit und die Niederlage des egoistischen Nationalismus dar. Die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt hatten, waren von den gleichen Überzeugungen und dem gleichen Ideal beseelt. Ohne ihre Ergebenheit für ihr eigenes Vaterland im geringsten zu verleugnen, verkündeten sie die Notwendigkeit, die Länder untereinander zu vereinigen, um ihre wirtschaftliche Kraft und darüber hinaus ihre politische Macht zu sichern.

Sie waren sicher, durch diese Handlungsweise den Niedergang einer Kultur aufzuhalten und dem europäischen Kontinent seinen Rang und seine Ausstrahlung wiederzugeben. Sie beabsichtigten nicht, ihre Bemühungen auf diesen unmittelbaren Erfolg zu beschränken. Sie hofften, daß sich ihnen eines Tages andere Länder anschließen würden.

Sie glaubten auch, daß die wirtschaftliche Integration sie unfehlbar zur politischen Einigung führen würde. Ihr Endziel war die Schaffung eines Europas, das kein Satellit Amerikas, sondern dessen vollwertiger Partner in einer westlichen Welt werden sollte, die zur Verteidigung einer bestimmten Lebensform organisiert und vereint war. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 24.03.2007 über die Römischen Verträge (x887/...): >>**Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl**

Vor 50 Jahren wurden die Römischen Verträge zur Gründung der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) unterzeichnet

Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) einen Anfang gemacht.

Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung.

Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen.

Franzosen hatten die europäische Einigung mit dem Verhindern der EVG gestoppt, ein Franzose brachte die Entwicklung wieder in Gang: Jean Monnet. Der erste Präsident der Hohen Kommission der Montanunion verfolgte die Idee, die EGKS auf weitere Wirtschaftsbereiche auszudehnen, darunter auch auf den Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie, der die Zukunft zu gehören schien. Einen Mitstreiter auf internationaler Bühne fand er in dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak. Von dem damaligen Außenminister der international sehr wettbewerbsfähigen Niederländer, Jan Willem Beyen, kam als weiterer Impuls die Idee einer europäischen Zollunion.

Der Durchbruch gelang 1955 auf der Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten in Messina, weshalb man noch heute gerne, wenn es innerhalb der EU knirscht, den Geist von Messina beschwört. Die Konferenz begann wegen des vorausgegangenen EVG-Scheiterns in einem eher negativen Klima. Die ersten beiden Tage verliefen noch wenig erfolgversprechend, doch am dritten zeitigte das Zusammentreffen mit der sogenannten Resolution von Messina einen unerwarteten Erfolg. Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne vereinbart.

Allerdings gab es in den Regierungen der beiden größten Staaten Bedenken. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard machte sich Sorgen um den Außenhandel der Exportnation Deutschland mit den nicht zum gemeinsamen Markt gehörenden Staaten. Nicht ganz ohne Grund fürchtete er, daß das noch relativ stark agrarisch geprägte Frankreich mit seiner wettbewerbsschwachen Wirtschaft im Europa der Sechs eine protektionistische Außenhandelspolitik durchzusetzen versuchen würde.

Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie.

Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.

Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn."

Vor 50 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten die Bevollmächtigten der sechs EGKS-Staaten in der italienischen Hauptstadt die Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) gegründet

wurden.<<

27.03.1957

Indien: Der polnische Ministerpräsident erklärt am 27. März 1957 während einer Pressekonferenz in Delhi (x125/181): >>... Ich möchte hinzufügen, daß wir jetzt nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland grenzen, sondern an die Deutsche Demokratische Republik, die unsere Westgrenzen völlig anerkannt hat. Wir können uns keine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, die diese Tatsache streicht. ... <<

27.04.1957

Berlin: In Ost-Berlin beginnt am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ... Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports.

Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist (IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).

Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten.

Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel).

Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...

... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens".

Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. ...<<

09.05.1957

DDR: Am 9. Mai 1957 tritt der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.

In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regle die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".

Im Vertrag wird u.a. behauptet,

1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtigt nicht die "Souveränität der DDR";

2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...

Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18:

"Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen."

Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten. Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich.

Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe. ...<<

16.05.1957

USA: Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärt der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

26.06.1957

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

10.07.1957

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (28/1957) berichtet am 10. Juli 1957 über ein Gespräch mit dem Wirtschaftsexperten und SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schöne (Thema: Gemeinsamer europäischer Markt): >>**ES IST VERFLUCHT TEUER**

SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, ist der Eindruck richtig - den man in den Debatten über den Gemeinsamen Markt gewinnen konnte -, daß die SPD ihren ursprünglich ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Durchführung der europäischen Integration geändert hat? Sie sind als SPD-Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Parlaments der Montan-Union wohl besonders befugt, diese Frage zu beantworten.

DR. SCHÖNE: Die Erfahrungen, die wir im Montan-Parlament sammeln konnten, lassen sich, was diesen Punkt angeht, schnell zusammenfassen. Uns wurde, nachdem die politischen Würfel gefallen waren, sehr bald klar, daß die Teilintegration, die wir - die SPD also - seinerzeit beim Schuman-Plan (Montan-Union) bemängelt hatten, in der Tat nur eine Teilintegration ist und daß das ganze Bemühen der Politik darauf gerichtet sein mußte, diese Teilintegration zu einer Vollintegration auszuweiten, um die Teilintegration nicht zum Versanden zu bringen.

SPIEGEL: Wir erinnern uns einer Äußerung, die Sie im März 1953 gemacht haben. Da sagten Sie, daß die ursprünglichen Befürchtungen der Opposition, die Montan-Union müsse sich zum

Nachteil Deutschlands auswirken, inzwischen bestätigt worden seien; daraus hat man damals vielfach geschlossen, die SPD wünsche die Montan-Union eines Tages wieder aufzulösen; jetzt dagegen hat man beinahe den Eindruck, daß die SPD sogar integrationsfreudiger als selbst die CDU ist - etwa nach dem Prinzip: wenn schon, denn schon.

DR. SCHÖNE: Mit zwei guten deutschen Wörtern gesagt: Die Montan-Union ist ein Fakt, und es wird niemanden geben, der diese Tatsache aus der Welt schaffen kann. Das ist der Ausgangspunkt. Zweitens: Make the best of it!

SPIEGEL: Da wir im Wasser liegen, müssen wir schwimmen?

DR. SCHÖNE: Natürlich sind viele Bedenken, die wir seinerzeit mit Recht geäußert haben, zwar nicht ausgeräumt, aber doch wenigstens herabgemindert. Es gibt eigentlich jetzt nach unserer Auffassung nur die Flucht nach vorn. Und da muß ich noch daran erinnern - da Sie nun einmal diese Verträge mit angesprochen haben -, daß das eine, was wir damals auch kritisiert haben, die Begrenzung auf die Sechs war. Wir haben immer gesagt: Je besser diese Gemeinschaft der Sechs funktioniert, um so mehr setzt sie sich gegenüber den anderen Volksgemeinschaften ab, und das muß vermieden werden. Wir haben daher die Assoziierung Englands begeistert begrüßt, wir warteten eigentlich händeringend darauf, daß die Österreicher dazustießen, um diese Begrenzung der Sechs weiter aufzusprengen.

SPIEGEL: Wir sind - es ist genau vier Jahre her - bei dem damaligen Präsidenten der Montan-Union, bei Jean Monnet in Luxemburg gewesen. Er hat uns dabei gesagt: Europa kommt schneller, als wir denken, und er hat das auf folgende Weise begründet: Wenn die europäische Integration mit Kohle anfängt, dann werden die praktische Arbeit des Ministerrates der Montan-Union und die Debatten des Montan-Parlaments immer wieder an neue Probleme rühren. Sie kommen, sagte er uns, wenn Sie bei den europäischen Preisen sind, auf die Frage der Produktionskosten und der Besteuerung.

Es wird dann zwangsläufig zur Angleichung der europäischen Steuersysteme kommen, zur Assimilierung der Sozialversicherung und der Sozillasten überhaupt. Ist das nun so eingetroffen? War der Rücktritt Monnets nicht Ausdruck dafür, daß es damit nicht geklappt hat?

DR. SCHÖNE: Man kann nicht Wirtschaftspolitik in Kohle oder in Eisen und Stahl treiben, ohne gleichzeitig die Gesamtwirtschaftspolitik zu sehen. Man kann nicht Verkehrstarife für Kohle und Stahl synchronisieren oder gleichmäßig gestalten, ohne den gesamten Wirtschaftsbau zu berücksichtigen. Aber in dieser eigentlich durch die Montan-Union vorgezeichneten Entwicklung trat dann eine Stockung ein - in dieser Lage brachte Jean Monnet mit seinem Rücktritt eine gewisse Zündung. Nein, das war nicht ungeschickt von ihm.

SPIEGEL: War der Rücktritt Monnets also einer der Gründe dafür, daß man nun - ziemlich überraschend, wie einem scheint - den Gemeinsamen Markt forcieren will?

DR. SCHÖNE: Überraschend kommt nur, daß insbesondere in Deutschland die Dinge nun mit einer ungeheuren Eile über die Bühne gebracht werden mußten. Dafür fehlt das Motiv. Die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit war stets erkannt, sie wurde jedoch auch dem, der es noch nicht wissen wollte, deutlich, als die Suez-Krise zur Debatte stand. Da ging es wie ein Ahnen durch das Abendland, daß man irgendwie doch miteinander verbunden sei.

SPIEGEL: Aber war nicht gerade damals der Eindruck in Deutschland der, daß diese Verbundenheit sehr fatale Effekte haben kann? ...

SPIEGEL: Aber wenn es nicht funktioniert, wenn es wirklich so ist, daß der Vertrag sich selbst im Wege steht? Dann gibt es keine Konsolidierung, sondern einen europäischen Wirrwarr. Der Reparations-Standpunkt der Franzosen schadet ja nicht nur uns, sondern auch ihnen.

DR. SCHÖNE: Das ist der Punkt: Wir tun - man gewinnt diesen Eindruck aus den Vertragsverhandlungen - immer noch so, als müßten wir jede Forderung, die von Italienern oder Franzosen aufgestellt wird, um jeden Preis erfüllen, bloß damit sie weiter mit uns spielen. Es ist diese Selbstentäußerung ...

SPIEGEL: So muß man wohl der deutschen Delegation, die den EWG-Vertrag ausgehandelt hat, den Vorwurf machen, sie habe diesen hohen Preis durch taktische Ungeschicklichkeit verschuldet. Man hätte doch ganz anders mit den Holländern zusammen taktieren können, die auch schwere Bedenken gegen die EWG haben und für sich dabei große Nachteile sehen. Zwar hat man den Holländern zum Beispiel bei der Verhandlung über die von Frankreich geforderten hohen Zollsätze in den Wandelganggesprächen gesagt: Wir sind ganz eurer Meinung, geht mal ran - aber in den Verhandlungen hat man dann die Holländer praktisch in Stich gelassen. Finden Sie den Preis, den wir jetzt zu zahlen haben, nicht einfach zu hoch?

DR. SCHÖNE: Ich glaube nicht, daß man sagen kann: der Preis ist zu hoch. Ich glaube, das Urteil könnte man erst nach einer Generation fällen. Ich möchte sagen: **Es ist verflucht teuer.**

SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

20.08.1957

CSR: Nach einer Pressemeldung des "Münchener Merkur" vom 20. August 1957 sollen sich noch 123 verurteilte Deutsche in tschechischen Gefängnissen befinden. Darunter ist z.B. auch der ehemalige Wehrmachtsgeneral Toussaint (x004/79).

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

16.09.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt am 16. September 1957 die Oder-Neiße-Linie an (x155/58): >>... Sie betrachte die bestehende Oder-Neiße-Linie ... als endgültige polnisch-deutsche Grenze.<<

21.09.1957

Südamerika: Während der Fahrt von Buenos Aires nach Hamburg gerät das 1905 gebaute Segelschulschiff "Pamir" am 21. September 1957 südwestlich der Azoren in einen schweren Sturm. Als sich der Großsegler nach schweren Sturmböen plötzlich auf die Seite legt, ver-rutscht die Schiffsladung (Gerste) unaufhaltsam nach Backbord, so daß die "Pamir" kentert und sinkt.

Von den 86 deutschen Besatzungsmitgliedern des Viermasters (darunter sind 51 Schiffsoffiziere der Handelsmarine) können nur 6 Seeleute gerettet werden (x175/519).

03.10.1957

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 3. Oktober 1957 Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... "Unter Recht auf Heimat verstehe ich, daß die Leute in das Land, aus dem sie vertrieben sind, zurückkehren können."

Es ist dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß damit die Rückkehr unter eine fremde Staatshoheit verstanden werden muß.

Der Bundeskanzler hat weiter die Einordnung in eine höhere wirtschaftliche Ordnung gefordert und dabei auf die Montan-Union und den gemeinsamen Markt hingewiesen. Er hat weder politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:

"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...

Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...

Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgegeben:

"Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen."

...

Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

19.10.1957

BRD: Nach Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen bricht die Bundesrepublik Deutschland am 19. Oktober 1957 ihre politischen Verbindungen mit Jugoslawien ab (x006/625).

21.10.1957

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt während einer Rede am 21. Oktober 1957 (x125/182): >>Die Westgebiete sind für Polen eine Frage um Leben und Tod, und jeder Pole weiß das! ...<<

24.10.1957

BRD: BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärt am 24. Oktober 1957 während einer Gedenkansprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.

Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...

Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berühmten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.

Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.

Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.

Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischem Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsrate müßten verrecken.

Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemals erhielten die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebraht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager ver-

scharrt waren. ...

Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?

Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.

Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.

Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.

...<<

27.10.1957

BRD: In Bonn billigen die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründen am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>"DREIGETEILT - NIEMALS"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milpe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<

16.11.1957

DDR: Die Demarkationslinie wird seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West" bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Demarkationslinie" (x009/90-92): >>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preussische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze.

Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik):

1. Lübeck-Schlutup (Straße),
2. Lübeck (Bahn),
3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn),
4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße),
5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe),
6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe),
7. Rühren, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal),
8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn),
9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn),
10. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Bahn),
11. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn),
12. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn),
13. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
14. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
15. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
16. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn),
17. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn),
18. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn). ...<<

25.12.1957

DDR: Anstatt der kirchlichen Taufe wird am 25. Dezember 1957 erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Namensweihe"

in der SBZ (x009/301): >>Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".

Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

UdSSR: Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärt im Jahre 1957 während einer Moskauer Geheimkonferenz aller Kommunistische Parteien (x299/177): >>... Kann man denn voraussehen, wieviel Menschenopfer ein künftiger Krieg fordern würde?

Möglicherweise wird es ein Drittel von den 2,7 Milliarden Erdbewohnern sein, also nur 900 Millionen Menschen. ...

Falls die Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bliebe ja noch eine Hälfte übrig, dafür aber werde der Imperialismus vollständig vernichtet, und es werde in der ganzen Welt nur den Sozialismus geben, in einem halben oder ganzen Jahrhundert aber werde die Bevölkerung wieder Zuwachs haben, sogar mehr als um die Hälfte.<<

USA: Ein Journalist aus den Südstaaten kritisiert im Jahre 1957 die Entscheidung des Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika (aus dem Jahr 1954), im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/102): >>Dies ist ein Gesetz: Weiß und Schwarz können nicht als Gleiche in irgendeine Beziehung zueinander treten, die intim, persönlich und von Dauer ist. ...

Die Schulen der Südstaaten integrieren zu wollen, heißt eine Beziehung zu verlangen, die die sittlichen Normen des Volkes verbieten; und es heißt das Risiko einzugehen, daß in 20 oder 30 Jahren eine weitgehende rassische Vermischung und eine Entartung der Gesellschaft als Ganzes eintritt. ...<<

1958

Laute Freunde sind oft leise Feinde.

Konfuzius (551-479 vor Christus, chinesischer Philosoph)

01.01.1958

Belgien: Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

22.01.1958

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

23.01.1958

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

03.02.1958

DDR: Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner werden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>... Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "partei-feindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...

Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen.

Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann.

Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

12.02.1958

DDR: Das Volksbildungsministerium ordnet am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein.

Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".

Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind: Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

19.03.1958

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/1958) berichtet am 19. März 1958 über einen geplanten deutschen Friedensvertrag: >>**Die Phantasie der Geschichte**

Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholfen hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden. In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.

Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden

deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-Botschafter Smirnow.

Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.

Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht, bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.

Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag - also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands - eingelassen.

Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.

- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehä-

fen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.

- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.

- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.

- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.

- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.

- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.

- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".

- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.

- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufzurichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:

- einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,

- die Wiedervereinigung Deutschlands,

- die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: "Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen

Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen."

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: "Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist."

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfeigen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensvertragsvorstellungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: "Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen ... Die Sowjet-Regierung schlägt ... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages ... aufzunehmen."

Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: "Es ist ... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedensvertrages abzuhalten."

Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: "Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten", wollten sie "zur gemeinsamen Beratung schreiten".

Die Westmächte - hier England - antworteten am 10. Juli gleichlautend: "In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können."

Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.

Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: "Die Sowjet-Regierung ist ... bereit, auf einer Vier-Mächte-Konferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.

"Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung."

Die Antwort vom 23. September 1952: "Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden."

Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre, und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.

Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:

"Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann

dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlingen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.

Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten."

Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein - bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.

Weil - folgte man Gerstenmaiers Vorschlag - mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christdemokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte.

In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: "Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir."

Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: "Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?"

Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: "Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt." Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.

Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort "Friedensvertrag" wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.

Er erklärte: "Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört."<<

20.03.1958

BRD: Im Deutschen Bundestag finden vom 20. bis zum 25. März 1958 lautstarke Debatten über die Bewaffnung der Bundeswehr und die Deutschlandfrage statt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers "Deutschlandpolitik": >>... Am 20. März 1958 machte Adenauer hierüber im Bundestag einige, wenn auch verschwommene Andeutungen. Er erklärte zur Frage der deutschen Wiedervereinigung:

"Mir liegt am Herzen - und ich hoffe auch Ihnen -, daß wir endlich dazu kommen, daß die 17 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang so leben können, wie sie wollen ... Darum glaube ich - ich habe das auch der sowjetrussischen Regierung mitteilen lassen -, wir sollten diese ganze Frage nicht nur unter nationalen oder nationalistischen Aspekten oder Aspekten des Machtbereichs, sondern unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dort 17 Millionen Deutsche zu einer Lebens- und Denkungsweise gezwungen werden, die sie nicht wollen."

Adenauers Bemerkung, daß man das Problem der 17 Millionen Zonendeutschen nicht nur unter "nationalen oder nationalistischen Aspekten betrachten" solle, ließ nur in schwachen Umrissen erkennen, was gemeint war.

Sehr viel deutlicher wurde in derselben Bundestagssitzung Bundesverteidigungsminister Strauß:

"Und die Wiedervereinigung? ... Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands; es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet" (gemeint: die Sowjetzone).

In Straußens Erklärung deutete sich zum ersten Mal an, daß Bonn unter gewissen Bedingungen bereit war, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verzichten.

Genau einen Monat nach diesen Äußerungen Adenauers und Straußens im Bundestag hielt in Tauberbischofsheim vor einer CDU-Versammlung der Redakteur des "Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, eine Stegreifrede, in der er ähnliche Gedanken aufgriff. Man sollte, sagte er, "eine preußisch tschechisch-polnische Montan-Union um Oberschlesien als Kern-drehscheibe ins Auge fassen".

Die Erklärungen Adenauers, Straußens und Wengers stimmten in einem Punkt überein: Deutschland soll auf seine staatliche Wiedervereinigung - in Wengers Formulierung: auf seine "Wieder-Unitarisierung" (Stärkung der Zentralgewalt des Bundesstaates) - verzichten und dafür einen Verzicht der Sowjets darauf einhandeln, die Sowjetzone kommunistisch zu machen. Wenger ging freilich in seiner Stegreifrede noch sehr viel weiter: Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Sowjets würden eventuell bereit sein, auch noch auf die kommunistische Gestaltung Polens und der Tschechei zu verzichten.

Zweifellos sind Adenauer und Strauß mit den verstiegenen Hoffnungen Wengers auf eine östliche Montan-Union nicht zu identifizieren. Immerhin, der Gedanke eines demokratischen, aber separaten mitteldeutschen Staates, dessen "Separatismus" noch durch ein internationales Statut mit Anschluß-Verbot stabilisiert werden könnte, hat noch 1958 eine Rolle in den politischen Spekulationen des Kabinetts Adenauer gespielt.

Tatsächlich würde es zu den Grundvorstellungen Adenauers von europäischer Politik passen, Gesamtdeutschland auch nach Osten hin "friedensfreundlicher" zu machen, indem man im Osten des gegenwärtigen deutschen Siedlungsgebietes einen zwar demokratischen, aber separaten Staat schafft. Indes, praktische Bedeutung haben diese Vorstellungen bisher nicht erlangt.

Die innere Gestaltung Deutschlands ist für Adenauer immer eine Funktion "Europas" gewesen. Daraus erklärt sich auch, daß er dieser inneren Gestaltung immer erst dann wirkliches Interesse entgegenbringt, wenn dabei eine Beziehung zu "Europa" erkennbar ist. Sein Interesse für innerdeutsche Institutionen, für die deutsche Demokratie überhaupt, ist im Grunde nur schwach entwickelt. Es hat deswegen auch keine Bedenken, mit diesen Institutionen, Gesetzen, rechtlichen und moralischen Normen in oberflächlicher, manchmal sogar zynischer Weise zu verfahren.

Indes bleibt die ständige Abwertung von Normen des Rechts und des politischen Anstands auch dann eine Gefahr für die innere Stabilität einer Demokratie, wenn diese Abwertung sich auf eine "gute Sache" beruft. Adenauer hat - bis in die Gegenwart, bis zu den impertinenten Anspielungen auf die Herkunft seines SPD-Gegners Willy Brandt - dahin gewirkt, daß sowohl die Moral als auch die Institutionen der westdeutschen Demokratie verunsichert wurden. Zumeist hat er sich dabei auf "Europa" und darauf berufen, die - wie er schon 1945 sagte - "aus dem Osten drohenden Gefahren" abwehren zu müssen.

Zwangsläufig wird aber bei einer solchen Praxis schließlich der Punkt erreicht, wo die Berufung auf die "gute Sache" auch unlauteren Motiven - persönlichem Ehrgeiz, bloßem parteipolitischen Eigennutz - dienen muß. Den Schädigungen der demokratischen Institutionen oder des politischen Anstands steht dann überhaupt kein ins Gewicht fallender Nutzen mehr ge-

genüber.

Diesen Punkt hat Adenauer mehrfach erreicht und überschritten - auch auf dem Gebiet des Verhältnisses von Bund und Ländern. Das wohl abstoßendste Beispiel hierfür lieferte der sogenannte Fernsehstreit 1960/61.

In diesem Streit versuchte Adenauer, die völlig unzweideutige Bestimmung des Grundgesetzes, wonach die Kulturhoheit ein ausschließliches Recht der Bundesländer darstellt, mittels, einer ebenso törichten wie dreisten Taktik zu überspielen. Als er dabei auf den Widerstand auch der von der CDU regierten Bundesländer stieß, berief er sich wieder einmal darauf, Europa gegen den Kommunismus verteidigen zu müssen. Allein ein Bundesfernsehen, ließ er einen Sprecher der Bundesregierung sagen, sei den Fernsehplänen der Sowjetzone für Westdeutschland gewachsen.

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe 1960 machte er sich über die aufmuckenden Ministerpräsidenten der Bundesländer lustig: "Was geht in einem Menschen vor, wenn er Minister wird? Ich beobachte das mit großem Interesse."

Bei einer geselligen Gelegenheit des Parteitages dröhnte er im Baß eines Bilderbuch-Monarchen: "Mich kümmert nicht die Meinung der Landesfürsten, ich suche allein den Beifall des Volkes!"

Genau wie bei der Finanzausgleichs-Debatte im Parlamentarischen Rat 1948/49, in deren Verlauf er sagte, ihm hänge der ganze Streit zum Halse heraus, erklärte er auf dem Höhepunkt des Fernsehstreits vor Journalisten: "Schreiben Sie, was Sie wollen, aber schreiben Sie, daß der Bundeskanzler es satt hat."

Die fatale Kongruenz (Übereinstimmung) dieser Äußerungen Adenauers am Anfang und gegen Ende seiner Kanzler-Laufbahn enthüllt zweifellos einen Makel der Bundesrepublik, der einmal zu ernststen Folgen führen könnte - einen Makel, der offenbar sowohl in der Person als auch in der politischen Konzeption Adenauers seine Ursache hat. Dieser Makel ist die Unsicherheit der demokratischen Institutionen und die Unsicherheit der politischen Moral in der Bundesrepublik. ...<<

21.05.1958

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärt in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lebensmittelkarten" in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden.

Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten.

Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden.

Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verursachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...

Die Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen mußten wegen der Versorgungslücken 1961 um Kundenlisten zum rationierten Butterbezug erweitert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Lebensstandard in der SBZ (x009/256-257): >>Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich in den letzten Jahren gehoben. Trotzdem besteht noch immer ein beträchtlicher Abstand von der Lebenshaltung in der Bundesrepublik. ... Neben den Lebenshaltungskosten sind für den Lebensstandard folgende Momente von Bedeutung.

1. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatte zur Folge, daß sich der Lebensstandard in der SBZ mehr und mehr dem der Sowjetunion annäherte ... Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach immer wiederkehrende Versorgungslücken, die den Lebensstandard der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen.

2. Die kommunistische Agrarpolitik führt dazu, daß Grundnahrungsmittel, auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluß erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z.B. Butter, Zucker, Fleisch).

3. Die Konsumgüterversorgung wird aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller Investitionen der Produktionsgütererzeugung vernachlässigt.

4. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der Intelligenz und anderer Mangelberufe, Spezialisten und Aktivisten bezieht Löhne und Gehälter, die ein Mehrfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen. Die Masse der Arbeitnehmer kann einen höheren Lebensstandard auch durch größere Leistungen nicht erreichen, da die höheren Lohngruppen auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.

5. Das "Bildungsprivileg der Besitzenden" ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten Stipendienwesens und der allgemeinen Gesinnungskontrolle weitestgehend an "Arbeiter- und Bauernkinder" übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen.

6. Kulturgüter sind erschwinglich, ... stehen aber weithin im Dienst der Produktionspropaganda und werden insoweit von der Bevölkerung abgelehnt.

7. Das System der sozialen Leistungen wird ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausschöpfung aller Arbeitskräftereserven gehandhabt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konsumgüterversorgung" in der SBZ (x009/225-226): >>Es bedurfte erst des Juni-Aufstandes vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung verbesserte.

Obwohl der Lebensstandard sich seitdem erhöht hat, weist die Konsumgüterversorgung noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Öfen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.

Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, ... Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. ...

Die schlechte Konsumgüterversorgung ist begründet in dem in allen kommunistisch geführten Ländern gültigen Produktionsmittelprimat. Bis in die neueste Zeit mußten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Wenn auch Konsumgüterproduktion zum Teil Bestandteil der Betriebspläne geworden ist, hat die Bevölkerung noch immer Grund zur Klage wegen unzureichender Konsumgüterversorgung.

Das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Mißstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. Seit Anfang 1960 läuft ein Programm der "tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs", die indes noch zu keiner fühlbaren Verbesserung der Versorgung geführt hat. Auch die Parole von der "Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe" war letztlich eine solche Beschwichtigungsaktion. ...<<

01.07.1958

BRD: Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904-1964) würdigt am 1. Juli 1958 auf einem Bundestreffen in Bochum die Leistungen der Vertriebenen (x125/128): >>Die Vertriebenen überhaupt haben in den vergangenen Jahren des großen Elends durch ihre Selbstzucht und Leistung nicht nur unser Volk vor dem Absinken in kommunistische Unfreiheit bewahrt, sondern auch durch ihre Geduld der Sache Europas und der ganzen freien Welt einen ungeheuren Dienst geleistet. ...<<